

Einberufung einer inhaltlichen Stadtversammlung

Der Stadtparteitag möge beschließen:

- 1 Der Kreisverband München-Stadt der Grünen beauftragt den Stadtvorstand, noch in diesem Jahr zu
- 2 einer inhaltlichen Stadtversammlung über die dringendsten unaufschiebbaren konkreten Aufgaben zur
- 3 Bewahrung der Biosphäre und dauerhaften Wohnbarkeit der Erde einzuladen.

Begründung

Die Grünen trifft die freiwillig übernommene Pflicht sich für die uneingeschränkte Bewahrung der Schöpfung einzusetzen. Nur wenn wir klar stellen, dafür auch unpopuläre unaufschiebbare Maßnahmen in Kauf zu nehmen, werden wir als die derzeit einzige politische Kraft wahrgenommen, die die Zerstörung der Lebensgrundlagen noch aufhalten kann.

Unsere Adressaten sind die Nachdenklichen, die bei Umfragen stets für eine Mehrheit für die Umwelt sorgen.

Der Mehrheit ist bewusst, dass die Wohnbarkeit der Erde nicht mehr ohne Reduzierung des Lebensstandards vor allem der Gutverdienenden zu erreichen ist.

Umgekehrt müssen wir klar stellen, dass eine von den Grünen geführte Regierung den rund 10 Millionen Armen oder von Armut bedrohten Menschen endlich wenigstens der Mindeststandard gesichert ist. Denn ohne soziale Gerechtigkeit ist eine ökologisch bestimmte Wirtschaftsweise nicht denkbar

Unsere Forderungen dürfen und sollen zum Widerspruch reizen. Über unser endlich richtig aufregendes Programm Bescheid zu wissen, muss zum guten Ton in allen Gesellschaftsschichten und Medien gehören.

Die Zeit läuft ab, in der die Zerstörung der belebten Welt gerade noch abgewendet werden kann. Wir müssen den Wählern sehr viel zumuten. Die Zumutungen werden lawinenartig zunehmen, wenn wir nicht sofort vor allem mit dem Umbau der allein in Geld denkenden Wirtschaft in eine allein ökologischen Gegebenheiten folgenden Ökonomie beginnen.

Alle anderen Parteien werden sich weiterhin als von den Überlebensfragen entbunden sehen, wenn sie von uns Grünen nicht geltend gemacht werden.

Die Grünen tragen damit die alleinige Verantwortung für die weitere Wohnbarkeit der Erde, auch wenn natürlich alle Politiker in die Pflicht stehen und eines Tages auch zur Verantwortung gezogen werden könnten, wenn es zu spät sein wird.

Unser Wahlprogramm muss unbeschönigt die Maximalforderungen enthalten und nicht schon die für Koalitionen möglicherweise notwendigen Kompromisse beinhalten.

In einer hoffentlich nicht notwendig werdenden Koalition Kompromisse einzugehen, ist kein „Wahlbetrug“. Wir müssen aber Koalitionspartnern sehr deutlich machen, dass sie ebenso wie wir in der Pflicht stehen, alles zu tun, um den Untergang der belebten Welt zu verhindern, also unser Überlebensprogramm im Interesse auch ihrer Wähler mittragen müssten.

Zur Abwendung lawinenartig zunehmender noch nie da gewesener Naturkatastrophen müssen wir auf sofortiges Handeln beharren und nicht beim Aufschub bis 2025, 2030 oder gar 2050 auch noch mitmachen. Wohin das führen würde, zeigt die erbärmliche Vernachlässigung des einst beschlossenen Klimaziels 2020.

Die beantragte inhaltliche Stadtversammlung soll Gelegenheit geben, die wichtigsten unaufschiebbaren Forderungen zu erörtern und zur Geltung zu bringen

Die Grünen in einer der reichsten Städte der Welt müssen alles nur Denkbare zu fordern, um die immer schneller werdende Fahrt der Menschheit in die Selbstzerstörung zu beenden oder sich aufzulösen, weil die Grünen im Fall weiterer Zaghaftheit exakt das Gegenteil bewirken, für das sie zu stehen behaupten. Alle anderen Parteien können als Folge der Zurückhaltung der Grünen in Überlebensfragen ungeniert so weiter machen wie bisher. Sie werden nicht grüner sein wollen als die Grünen also wider besseres Wissen weiter auf ein ewiges Wirtschaftswachstum zu vertrauen vorgeben und es sich damit unter Inkaufnahme der Selbstzerstörung der Menschheit weiter gut gehen lassen.

Die zu behandelnden Punkte könnten zum Beispiel sein:

- Keine Subventionierung des Flugverkehrs mehr einschließlich Einführung einer gleich richtig hohen Mineralölsteuer für Flugtreibstoff
- Dafür endlich Subventionierung der Photovoltaik, die es noch nie gab, sondern nur ein Umlageverfahren, das die erhöhte Einspeisevergütung von den Stromverbrauchern zahlen lässt
- Verdopplung der Mineralölsteuer auf den Benzin und Dieselpreis, Wegfall der Begünstigung des Dieseltreibstoffs, ohne Rücksicht auf Besitzstände
- Verdopplung der Mehrwertsteuer für fossil betriebene Kraftfahrzeuge
- Hoher Zuschuss für den Umbau von fossil betriebenen Autos in Elektroautos
- Gesetzliche Grundlage für die Umwandlung eines Anspruchs gegen die Autoindustrie auf den Motoraustausch in den Anspruch auf Einbau eines Elektromotors
- Attraktiver Zuschuss zu Hartz4Bezügen bei Umzug aus Gebieten mit hohem Wohnungsmangel in Gebiete hohen Wohnungsleerstands unter notstandsgerechter Inkaufnahme von Gleichbehandlungsproblemen
- Wiedereinführung von Zöllen auf lediglich zur Gewinnmaximierung sinnlos über den Erdball hin und her transportierter Güter und endlich wieder Schutz der Wirtschaft vor Dumpingpreisen.
- Verdopplung der Start- und Landegebühren auf allen Flughäfen, womit sich auch der Albtraum einer 3. Startbahn verflüchtigen würde.
- Photovoltaikanlagen auf alle Dächer in direktem und indirektem staatlichen und kommunalem Eigentum
- keine Ausweisung von Gewerbeflächen mehr, keine Genehmigung für Bau und Vergrößerung von Bürogebäuden in Kommunen mit Wohnungsfehlbestand.
- Förderung der Umwandlung von Büro- und Gewerbebauten in Wohngebäude
- Sofortige Beendigung der weltweitem Werbung für den Wirtschaftsstandort München und das Oktoberfest

Mehr Punkte auf www.gruene-zumutungen.de

Dieser Antrag wird gestellt vom

Alfred Mayer, OV Berg am Laim/Trudering/Messestadt-Riem